



Neue Richtervereinigung

Zusammenschluss von Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten e.V.

GENERAL SECRETARIAT OF THE
PRESIDENT OF THE REPUBLIC OF
SERBIA

Andrićev venac 1

11000 Beograd

Serbia

Berlin, 20.01.10

Protest gegen die Amtsenthebung serbischer Richter und Staatsanwälte im Dezember 09

Sehr geehrter Herr Präsident Tadić,

konsterniert hat der Bundesvorstand der Neuen Richtervereinigung von den Umständen Kenntnis erlangt, unter denen ein Drittel der serbischen Richterinnen und Richter am 17.12.2009 faktisch von ihren Ämtern enthoben worden sind.

Diese Umstände stellen sich unserer Kenntnis nach wie folgt dar: Am 17. Dezember 2009 wurde ein Drittel der serbischen Richter von ihren Funktionen entbunden und 100 Staatsanwälte aus ihren Ämtern entfernt. Zur gleichen Zeit wurden 876 Proberichter und 88 stellvertretende Staatsanwälte erstmals ernannt. Die Entscheidungen über die Wahlen der Richter und Staatsanwälte im Dezember 2009 sind im Geheimen und ohne Begründung getroffen worden, den betroffenen Richterinnen und Richter fehlte die Möglichkeit, dazu angehört zu werden. Das angewandte Verfahren ist völlig undurchsichtig. Die Kriterien, die für die Wahl maßgeblich waren, wurden nicht offengelegt. Die von der Venedig-Kommission im Juni 2009 erhobenen Bedenken wurden damit ignoriert. Unter den nicht im Amt bestätigten Richtern und Staatsanwälten befinden sich viele erst nach 2001 ernannte Richter und Staatsanwälte, die also nicht aufgrund ihrer Tätigkeit vor dem Jahr 2001 belastet sein können. Viele der nicht in ihrem Amt bestätigten Richter und Staatsanwälte waren in den vergangenen Jahren in sehr sensiblen Strafverfahren tätig. Einige Entscheidungen des Obersten Richterrates sind auf der Grundlage

Mitglieder des Bundesvorstandes:

Dr. Mario Cebulla, Sprecher des Vorstandes und Pressesprecher:

(LG Stralsund), Frankendamm 17, 18439 Stralsund, Tel.: 0176 / 61 222 694 oder Tel.: 03831-2050

Christine Nordmann, Sprecherin des Vorstandes: (VG Schleswig), Brockdorff-Rantzau-Str. 13, 24837 Schleswig, Tel.: 04621-861511 (d.)

Jens Heise (SG Berlin), Invalidenstr. 52, 10557 Berlin, Tel.: 030/90165-127 (d.)

Ingrid Meinecke (VG Potsdam), Friedrich-Ebert-Str. 32, 14469 Potsdam, Tel.: 0331/2332-582 (d.)

Thomas Schulte-Kellinghaus (OLG Karlsruhe, Außenstelle Freiburg) Salzstr. 28, 79098 Freiburg Tel.: 0761/205-3003(d)

Dr. Sabine Stuth, (SG Bremen), Am Wall 198, 28195 Bremen, Tel.: 0421/361-4457 (d.)

Doris Walter (AG Marburg), Universitätsstraße 48, 35037 Marburg Tel. 06421/290 389 (d.)

Bundesbüro:

Martina Reeßing

Greifswalder Str. 4

10405 Berlin

Tel.: 030/420223-49

Fax: -50

sekretariat@nrv-net.de

Umweltbank Nürnberg

BLZ 760 350 00

Konto.-Nr. 599 000

www.nrv-net.de

von Berichten der Polizei- und der Geheimdienste getroffen worden, zu denen die betroffenen Richter und Staatsanwälte nicht Stellung nehmen konnten. Dies als zutreffend unterstellt, entsteht der Eindruck, dass mit der Amtsenthebung außerhalb der Justiz stehende, politische Interessen verfolgt werden. Dass die Entscheidungen, wer fortan in Serbien als Richter tätig sein darf, durch einen Obersten Richterrat ausgesprochen wurden und vor einem Verfassungsgericht angegriffen werden können, ändert dann nichts an der Tatsache, dass mit den zum 1. Januar 2010 wirksam werdenden faktischen Amtsenthebungen maßgebliche Prinzipien für eine funktionierende Gewaltenteilung verletzt worden sind: Wird den Richterinnen und Richtern aufgrund bloßer Berichte der zweiten Gewalt die persönliche Unabhängigkeit vollständig entzogen, ist die Unabhängigkeit der ersten Gewalt aufgehoben und der Rechtsstaat damit ausgehöhlt.

Eine derart ernannte Richterschaft kann bei den Richtern und Staatsanwälten der anderen europäischen Staaten nicht das notwendige Vertrauen erwecken, das zu einer Entwicklung der justiziellen Zusammenarbeit, insbesondere angesichts des Kampfes gegen Korruption und transnationale Kriminalität, erforderlich ist. Im Gegenteil erweckt dies schlimmen Verdacht. Diese Situation stellt sich als ein großer Rückschritt bei der Errichtung des Rechtsstaates in Serbien dar.

Deshalb müssen diese Entscheidungen annulliert werden, damit die Prinzipien und Werte der Europäischen Menschenrechtskonvention respektiert werden, die Serbien mit den Mitgliedsstaaten des Europarates teilt und die Serbien in naher Zukunft zusammen mit den Staaten der Europäischen Union weiterentwickeln muss.

Mit vorzüglichen Grüßen

Dr. Mario Cebulla

Sprecher des Bundesvorstandes der Neuen Richtervereinigung

Dieses Schreiben geht an

- Präsident der Republik Serbien Boris Tadić
- Justizministerin der Republik Serbien Snežana Malović
- Präsidentin des Obersten Gerichtshofes in Serbien Nata Mesarovic
- Botschafter Wolfram Maass, Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad
- Konrad – Adenauer – Stiftung Belgrad, Frau Claudia Crawford